

1047/AE XX.GP

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hans Helmut Moser, Kier und Partner/ innen

betreffend empirische Studie über die soziale Lage und die Arbeitsbedingungen innerhalb der österreichischen Exekutive

Die latente Gewaltbereitschaft von Polizeikörpern ist ein weltweit immer aufmerksamer verfolgtes Problem. In Großbritannien hat der zuständige Innenminister eine Studie über Rassismus innerhalb der Polizei erstellen lassen, die ein erschreckendes Bild ergab. Der Münchner Polizeipräsident wiederum hat Verwicklungen von Polizeibeamten in das Organisierte Verbrechen, Schlepperei und Korruption zugegeben, was sogar die Polizeigewerkschaft veranlaßte, eine Aufklärung durch unbeteiligte Stellen außerhalb der Polizei zu fordern. Selbst US - Präsident Bill Clinton beklagt öffentlich die Brutalität von Polizeiübergriffen in den Vereinigten Staaten.

Die Häufung von Delikten, Übergriffen oder sogar möglichen rassistischen Straftaten durch Polizeibeamtinnen und - beamte, welche auch in Österreich zu verzeichnen ist (vgl. Fall „Dr. K., parlamentarische Anfragebeantwortung 5042/AB oder Fall „Mohammed“, „FALTER, 11/1999, S. 8), können verschiedene Gründe haben: strukturelle Fehlentwicklungen, mangelnde Querdurchlässigkeit, fast ausschließlich „innere“ Schulungen und unzureichende Anforderungsprofile für Führungskräfte, die zu Randgruppenbewußtsein, innerer Kündigung und Aggressionen innerhalb der Exekutive führen können. Grundvoraussetzung für die Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Rassismus und Übergriffen ist das Erkennen und Eingestehen von systematischen Fehlentwicklungen.

Aus diesem Grund stehen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Der Ausschuß für innere Angelegenheiten wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, eine externe Studie in Auftrag zu geben, die die soziale Lage, die Arbeitsbedingungen und die Struktur der Schulungsmaßnahmen innerhalb der österreichischen Exekutive empirisch erhebt, um den Ursachen für teilweise vorhandene Vorurteile, Gewaltbereitschaft und latenten Rassismus auf den Grund zu gehen, die strukturellen und arbeitspsychologischen Grundlagen dafür zu erforschen und Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen.“

Es wird vorgeschlagen, den Antrag dem Ausschuß für innere Angelegenheiten zuzuweisen